

Lay Summary

IP 7: Der Schutz kultureller Vielfalt in einer digital vernetzten Umgebung

Der Prozess der Digitalisierung und das Internet haben die Bedingungen, unter denen Informationen generiert und ausgetauscht werden, vollständig verändert. Online-Inhalte sind omnipräsent und viele Informationen sind bloss noch online verfügbar. Neue Möglichkeiten für die Produktion von kulturellen Inhalten entstehen ebenso wie für Interaktion und Kommunikation. Die im Internet tätigen Medienunternehmen entwickeln neue Geschäftsmodelle und fordern, dass digitale Inhalte besser vor Piraterie geschützt werden. Gleichzeitig rufen massgebliche gesellschaftliche Gruppen nach einem freien Zugang zu wichtigen Online-Informationen.

Vor dem Hintergrund solch radikaler Veränderungen stellt sich die Frage, ob und wie sich das Recht an die neuen Gegebenheiten anpassen soll. Die digitale Umgebung und ihre Komplexität stellen Gesetzgeber vor schwierige Fragen, die von den Zielen abhängen, die Staaten für sich definieren. Manche dieser Ziele stehen nicht zur Disposition wie etwas die Meinungs- und Informationsfreiheit, die Unverletzlichkeit der Privatsphäre und andere Grund- und Menschenrechte. Mit zu den wesentlichen Zielen gehört auch der Schutz der kulturellen Vielfalt, verstanden als Sicherstellung der mannigfaltigen Weisen, in denen Kulturen von Gruppen und Gesellschaften ihren Ausdruck finden. Die Gewährleistung dieser Diversität in der stark globalisierten und allgegenwärtigen Medienwelt ist vermutlich ebenso wichtig wie der Schutz der biologischen Vielfalt in der Natur.

Der rechtliche Schutz der kulturellen Vielfalt wird jedoch erschwert durch die Fragmentierung des existierenden Regelwerkes, das einerseits auf diversen Ebenen (national, regional oder international) formuliert wird und andererseits unterschiedliche inhaltliche Aspekte reguliert. So beschäftigen sich – um nur die internationale Ebene zu nennen - verschiedene Gremien mit Fragen der kulturellen Vielfalt – u.a. die UNO-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), die Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO), der Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS) und nicht zuletzt die Welthandelsorganisation (WTO). In Anbetracht der dynamischen digitalen Welt und der komplexen Regulationsaufgaben analysiert das «eDiversity»-Projekt die gegenwärtigen und potentiellen Auswirkungen digitaler Technologien und globaler Netzwerke auf die Vielfalt kultureller Inhalte. Es versucht, Ursachen der rechtlichen Fragmentierung im Medienbereich zu identifizieren und arbeitet an der Skizzierung einer kohärenteren Medienordnung, welche die Ziele des Freihandels und der kulturellen Vielfalt gleichermassen berücksichtigt und die widerstreitenden Interessen unter Berücksichtigung verfassungsrechtlicher Vorgaben zum Ausgleich bringt. Diese anspruchsvolle Aufgabe wird im Rahmen von fünf Themenfeldern an den Universitäten Luzern und Bern geleistet, die sich den bedeutendsten Fragen annehmen. Bei diesen Themenfeldern handelt es sich um Freihandel, Urheberrecht, Medienregulation, Wettbewerbsrecht und Ent-

wicklung. Obwohl die Themenfelder als eigenständige Forschungsgebiete angelegt sind, fließen deren Fragestellungen und gewonnenen Erkenntnisse ineinander über und ermöglichen so die kontinuierliche Überprüfung und Verbesserung des skizzierten Ordnungsmodells.

Leader: Christoph Beat Graber

Alternate Leader: Mira Burri Nenova

christoph-beat.graber@unilu.ch

mira.nenova@wti.org